

Politisches System Liechtensteins

Dieser Wahl war die Auseinandersetzung um die Einführung der AHV in Liechtenstein vorausgegangen.²⁰¹ Nach einem hitzigen Abstimmungskampf wurde am 14. Dezember 1952 die AHV in einem knappen Volksentscheid angenommen.²⁰² Beide Parteien hatten sich für die Einführung der AHV ausgesprochen und mit ihren Zeitungen dafür geworben. Widerstand gegen die AHV kam vor allem aus bäuerlichen Kreisen und aus Teilen des Gewerbes.²⁰³ Oswald Bühler, Ortsvorsteher von Mauren und ein Politiker mit grossem Einfluss im ganzen Unterland, setzte sich besonders vehement gegen die AHV ein und erreichte, dass im Unterland die AHV mehrheitlich abgelehnt wurde. Nach den Landtagswahlen vom Februar 1953 beanspruchte die VU die Mehrheit und den Vorsitz im Verwaltungsrat der AHV mit der Begründung, dass die FBP bereits die Mehrheit in zwei anderen staatlichen Institutionen innehatte, nämlich der Landesbank und den Liechtensteinischen Kraftwerken.²⁰⁴ Da es in dieser Frage zu keiner Einigung im Landtag kam, musste der Landesfürst den handlungsunfähigen Landtag auflösen.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen vom 14. Juni 1953 kandidierte die UEK bereits nicht mehr. Die VU konnte deutlich Stimmen dazugewinnen und setzte sich in der Folge bei der Besetzung des Verwaltungsrates der AHV durch. Der Stimmeneinbruch der VU durch die Kandidatur der UEK weist darauf hin, dass die UEK vor allem ehemalige Wählerinnen der VU angezogen hatte. Diese Annahme ist auch deswegen plausibel, weil die Volkspartei als Vorläuferpartei der VU im Arbeitermilieu gut verankert gewesen war und eine Liste des Arbeiterverbandes dadurch die VU besonders hart treffen musste.

Arbeiter- und Bauernpartei des Liechtensteiner Unterlandes

Als kleines Kuriosum ist die Wählergruppe «Arbeiter- und Bauernpartei des Liechtensteiner Unterlandes» anzusehen, die wegen Nichtbeachtung der Wahlvorschriften nicht zur Wahl vom 1. September 1957 zugelassen wurde und die damit bereits ihr Ende gefunden hatte.²⁰⁵

²⁰¹ Über die Geschichte des Liechtensteinischen Sozialversicherungsrechts vgl. *Hoch* 1991.

²⁰² 1574 Ja (53,5 %) und 1366 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 90,2 %.

²⁰³ Gewerbesekretär Dr. Alfons Goop war ebenso ein entschiedener Gegner der AHV wie der Maurer Vorsteher Oswald Bühler, der grosse Teil des Unterlandes gegen die AHV mobilisierte (*Hoch* 1991: 104ff.).

²⁰⁴ Oswald Bühler, der sich gegen die AHV ausgesprochen hatte, hatte in beiden Landesinstituten Einsitz.

²⁰⁵ *Batliner* 1981: 140 Fussn. 276.